

06/06
ZivilR

KV-Nr.: 3261

Die Aufgabe besteht (ohne Deckblatt) aus 9 Blatt
und ist vollständig durchnummeriert.

**Der Aufgabentext ist zu Beginn auf
Vollständigkeit zu überprüfen.**

Landgericht Dortmund

Kaiserstr. 35

44135 Dortmund



K L A G E

Dr. Josef Kröger*
Karl Kretschmer
Dr. Heinz Scherff***
Friedrich Bönninger
Michaela Klein
Heinrich Schmauder
Gilbert Scherff
Tim Bencken**
Dr. Dieter Andersen
Dr. Johann Eiffel
Carsten Jaenecke
Susanne Tietzke
Marcus Folk
Guido Imhoff

*Fachanwalt für Arbeitsrecht
**Fachanwalt für Verwaltungsrecht
***Vereidigter Buchprüfer

Dortmund, den 09.11.2005

der Frau Elisabeth Schneider, Kleiberweg 35, 44141 Dortmund,

Klägerin,

Prozessbevollmächtigte: Rechtsanwälte Kröger pp. in Dortmund

g e g e n

1. die Secura-Versicherungs-GmbH, vertreten durch den Geschäftsführer
Herrn Michael Schlitzer, Westfalendamm 56, 44141 Dortmund,
2. Herrn Hermann Graf, Semerteichstr. 61, 44141 Dortmund,

Beklagte.

Unter Einzahlung des erforderlichen Gerichtskostenvorschusses nach einem Streitwert von 5.260,00 Euro erhebe ich namens und in Vollmacht der Klägerin gegen die Beklagten Klage und bitte um Anberaumung eines baldigen Termins, in dem ich beantragen werde,

die Beklagten als Gesamtschuldner zu verurteilen, an die Klägerin 5.260,00 Euro nebst Zinsen in Höhe von 5 Prozentpunkten über dem Basiszinssatz seit Rechtshängigkeit zu zahlen.

Kanzleianschrift:
In der Olpe 17
44135 Dortmund
Telefon 0231/94668-0
Telefax 0231/94668-77
Email kanzlei@kroeger.de

Postanschrift:
Postfach 50 04 52
44324 Dortmund

Gerichtsfach 11

Sparkasse Dortmund
(BLZ 44050199) 2039139

Deutsche Bank Dortmund
(BLZ 44070050) 10412-504

Commerzbank Dortmund
(BLZ 44040037) 1020970000

Begründung:

Mit der Klage werden Schadensersatzansprüche aus einem Verkehrsunfall geltend gemacht, der sich am 13.06.2005 in Dortmund ereignete.

Die Klägerin ist Halterin des PKW VW Touran, amtliches Kennzeichen DO-DU 3565, den sie im Unfallzeitpunkt auch fuhr. Der Beklagte zu 2. ist Halter und Fahrer des gegnerischen Fahrzeugs Volvo S 60, amtliches Kennzeichen DO-ET 871, das bei der Beklagten zu 1. haftpflichtversichert ist.

Der Unfall ereignete sich wie folgt:

Die Klägerin fuhr mit ihrem Fahrzeug gegen 10.00 Uhr auf der Märkischen Straße in südlicher Richtung. Als sich die Klägerin der Ampelanlage in Höhe der Salzwedeler Straße näherte, sprang diese auf „gelb“ um. Die Klägerin verringerte daher ihre Geschwindigkeit und ließ ihr Fahrzeug ausrollen. Bereits bevor sie zum Stehen kam, fuhr ihr das von dem Beklagten zu 2. gesteuerte Fahrzeug auf. Das Unfallereignis war für die Klägerin unvermeidbar.

Die Beklagten haften gesamtschuldnerisch, weil der Beklagte zu 2. auf das klägerische Fahrzeug aufgefahren ist. Der Klägerin ist folgender Schaden entstanden:

1. Erforderliche Reparaturkosten (Rechnung vom 16.06.2005)	Euro	4.740,00
2. Kostenpauschale	Euro	25,00
3. Mietwagenkosten (3 Tage zu je 165,00 Euro)	Euro	495,00
Insgesamt	Euro	5.260,00

Beweis: Reparaturrechnung vom 16.06.2005 in Kopie als **Anlage K 1**

Rechnung der Fa. Avis vom 16.06.2005 in Kopie als **Anlage K 2**

Der Wagen ist in der Zeit vom 14.06. bis 16.06.2005 in einer Fachwerkstatt repariert worden. Die Klägerin hat die Reparaturrechnung zwischenzeitlich beglichen.

Die Beklagten haben außergerichtlich eine Begleichung des der Klägerin entstandenen Schadens verweigert. Eine gütliche Einigung wird nicht in Betracht kommen.


Kröger
Rechtsanwalt

13 O 1578/05

Vfg.

1. Beschluss

In pp. (kurzes Rubrum)

I. Früher erster Termin zur mündlichen Verhandlung ist am

Do., 08.02.2006, um 9:30 Uhr, Saal 101.

II. Den Beklagten wird eine Frist zur schriftlichen Klageerwiderung von 2 Wochen ab Zustellung gesetzt, § 129 Abs. 2 ZPO.

2. Laden

a) Klägerin bzw. Vertreter (ZP 9c) ./ ZU bzw. EB
mit beglaubigter Abschrift des Beschlusses zu Ziffer 1)

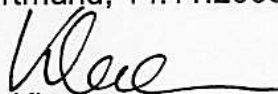
b) Beklagten bzw. Vertreter ./ ZU bzw. EB
mit beglaubigter Abschrift des Beschlusses zu Ziffer 1)

sowie jeweils mit Abschrift der Klage (ZP 9a) vom 09.11.2005

3. Leseabschrift von Ziffer 1 und von Zusätzen bei Ziffer 2 für Akte

4. z.T.

Landgericht
Dortmund, 14.11.2005


Dr. Kleewer

Vorsitzender Richter am Landgericht

Blankenberg & Fuchs

Rechtsanwälte

An das

Landgericht Dortmund
Gerichtsstraße 2

44135 Dortmund

Gernot Blankenberg
Rechtsanwalt

Guido F. Fuchs
Rechtsanwalt

Hakenstr. 11
44139 Dortmund
Telefon 0231/ 571212



Dortmund, den 25.11.2005

In Sachen

Schneider ./ Secura-Versicherungs-GmbH u.a.

Az. 13 O 1578/05

zeige ich die Vertretung der Beklagten an. Ich werde beantragen,

die Klage abzuweisen.

Begründung:

1.

Es trifft zunächst zu, dass es am 13.06.2005 gegen 10.00 Uhr zu einem Verkehrsunfall kam. Beide Fahrzeuge befuhren die Märkische Straße in südlicher Richtung. Der Beklagte zu 2) fuhr hinter dem klägerischen PKW. In dieser Reihenfolge näherten sich die Fahrzeuge der zunächst erkennbar Grünlicht zeigenden Ampel am Einmündungsbereich der Salzwedeler Straße. Als die Ampel dann auf Gelb umsprang, kam das klägerische Fahrzeug unverhofft voll zum Stehen. Das klägerische Fahrzeug war noch nicht bis zur Haltelinie vorgefahren, sondern hatte bereits mehrere Meter davor bis zum Stand abgebremst.

Da die Ampel erst auf Gelb umsprang, als sich das klägerische Fahrzeug bereits wenige Autolängen vor der Haltelinie befand, ging der Beklagte davon

5

aus, dass das Fahrzeug der Klägerin noch über die Ampel fahren würde. Jedenfalls war er nicht auf das derart vorzeitige Abbremsen des klägerischen Fahrzeugs eingestellt und musste damit auch nicht rechnen. Durch das plötzliche Abbremsen war der Unfall für den Beklagten zu 2) letztlich nicht vermeidbar. Es hätte nahe gelegen, wenn die Klägerin noch weitergefahren wäre, jedenfalls durfte der Beklagte zu 2) aber darauf vertrauen, dass sie erst an der Haltelinie zum Stehen kommen würde.

Beweis: Zeugnis des Herrn Walter Bühler, Schillerstraße 45,
44186 Schwerte.


Herr Bühler war an diesem Tag Beifahrer des Beklagten zu 2).

2.

Zur Schadenshöhe wird daher nur aus Gründen anwaltlicher Vorsorge Stellung genommen. Die Mietwagenkosten sind jedenfalls nicht ersatzfähig. Als die Klägerin den Schaden bei der Beklagten zu 1) am 13.06.2005 meldete, wurde ihr sofort ein kostenloses Ersatzfahrzeug angeboten. Die Beklagte zu 1) hat selbst einen Pool von Mietfahrzeugen, welche sie von der carop-Autovermietung bezieht, mit der sie einen entsprechenden Vertrag abgeschlossen hat, um Geschädigten selbst einen Mietwagen zur Verfügung stellen zu können und die Schadensposten durch oft überzogene Mietwagenrechnungen zu begrenzen. Für die Beklagte zu 1) ist dies wirtschaftlicher. Die Klägerin lehnte dieses Angebot ab. Sie meinte, dass sie jedenfalls ein Auto von Avis mieten wolle, da dort der Service bekanntlich so gut sei.

3.

Ich bitte, den Geschäftsführer der Beklagten zu 1) von der Pflicht zum persönlichen Erscheinen zu entbinden.


(Blankenberg)
Rechtsanwalt

Landgericht Dortmund
Kaiserstr. 35
44135 Dortmund



Dr. Josef Kröger*
Karl Kretschmer
Dr. Heinz Scherff***
Friedrich Bönninger
Michaela Klein
Heinrich Schmauder
Gilbert Scherff
Tim Bencken**
Dr. Dieter Andersen
Dr. Johann Eiffel
Carsten Jaenecke
Susanne Tietzke
Marcus Folk
Guido Imhoff

*Fachanwalt für Arbeitsrecht
**Fachanwalt für Verwaltungsrecht
***Vereidigter Buchprüfer

In Sachen


Schneider ./ Secura-Versicherungs-GmbH u.a.

Dortmund, den 07.12.2005

Geschäfts-Nr.: 13 O 1578/05

verkennen die Beklagten offenbar die Pflichten der StVO. Die Klägerin hat sich gänzlich richtig verhalten. Zum besseren Verständnis hat die Klägerin eine Skizze von den Örtlichkeiten angefertigt (**Anlage K3**). Dass die Klägerin nicht erst an der eigentlichen Haltelinie zum Stehen kam, sondern bereits einige Fahrzeuglängen vorher bis zur Schrittgeschwindigkeit abbremste, liegt daran, dass sich dort eine Ausfahrt befindet, aus der ein Fahrzeug in die Märkische Straße einbiegen wollte. Auch wenn diese Fahrzeuge nicht vorfahrtberechtigt sind, so ließ die Klägerin diesem Fahrzeug den Vorrang, da die Ampel bereits auf Gelb geschaltet hatte und die Klägerin sowieso hätte anhalten müssen. Sie hatte in diesem Zeitpunkt ihre Geschwindigkeit bereits erheblich reduziert. Noch bevor sie ganz zum Stehen kam, fuhr das Fahrzeug des Beklagten zu 2) auf.

Natürlich sind die Mietwagenkosten ersatzfähig. Die Klägerin durfte selbst entscheiden, wo sie ein Ersatzfahrzeug anmietet und war an das Angebot der Beklagten zu 1) nicht gebunden.


Kretschmer
Rechtsanwalt

Kanzleianschrift:
In der Olpe 17
44135 Dortmund
Telefon 0231/94668-0
Telefax 0231/94668-77
Email kanzlei@kröger.de

Postanschrift:
Postfach 50 04 52
44324 Dortmund

Gerichtsfach 11

Sparkasse Dortmund
(BLZ 44050199) 2039139

Deutsche Bank Dortmund
(BLZ 44070050) 10412-504

Commerzbank Dortmund
(BLZ 44040037) 1020970000

Anlage K 3

000

Konrad-Glockner-Str.

000

Ampel

Fahrzeug, welches
in die Märkische Str.
einbiegen wollte

Salzwedeler Str.

DO
DU
3565

DO
ET
871

↑
Fahrrichtung

Märkische Straße

Parkplätze

Öffentliche Sitzung der
13. Zivilkammer
des Landgerichts Dortmund

Dortmund, den 08.02.2006

Geschäftsnummer: 13 O 1578/05

Gegenwärtig :

Vorsitzender Richter am Landgericht Dr. Kleewer
als Einzelrichter

Auf die Hinzuziehung eines Urkundsbeamten der Geschäftsstelle wurde verzichtet,
vorläufig aufgezeichnet auf Tonträger gem. §§ 159, 160a ZPO.

In dem Rechtsstreit

Schneider ./ Secura-Versicherungs-GmbH u.a.

erschieden bei Aufruf:

1. die Klägerin persönlich und für die Klägerin Rechtsanwalt Kretschmer,
2. der Beklagte zu 2) persönlich und für die Beklagten Rechtsanwalt Blankenberg.

Zunächst wurde die Güteverhandlung durchgeführt. Eine gütliche Einigung scheiterte.

Sodann wurde in die mündliche Verhandlung eingetreten.

Der Verfahrensbevollmächtigte der Klägerin nahm Bezug auf den Antrag aus der Klageschrift vom 09.11.2005.

Der Verfahrensbevollmächtigte der Beklagten beantragte Klageabweisung.

Die Sach- und Rechtslage wurde erörtert. Das Gericht erteilte sodann Hinweise zur Rechtslage, auf deren Protokollierung übereinstimmend verzichtet wurde.

B.u.v.:

Eine Entscheidung ergeht am Schluss der Sitzung.



Dr. Kleewer



Für die Richtigkeit der Übertragung vom Tonträger:



Lech, Justizamtsinspektor
als U.d.G.

Vermerk für die Bearbeitung

Die Entscheidung des Gerichts ist vorzuschlagen. Zeitpunkt der Entscheidung ist der 08.02.2006.

Wird ein rechtlicher Hinweis für erforderlich gehalten, so ist zu unterstellen, dass dieser ordnungsgemäß erfolgt ist.

Werden eine richterliche Aufklärung oder eine Beweiserhebung für erforderlich gehalten, so ist zu unterstellen, dass diese ordnungsgemäß erfolgt und ohne Ergebnis geblieben sind.

Von einer Entscheidung über die Kosten, die vorläufige Vollstreckbarkeit und die Zulassung der Berufung ist abzusehen, soweit es sich dabei um Nebenentscheidungen handelt.

Die Formalien (Ladungen, Zustellungen, Unterschriften, Vollmachten) sind in Ordnung.

Die Klageschrift wurde den Beklagten am 21.11.2005 zugestellt. Das Gericht hat den Geschäftsführer der Beklagten zu 1) von seiner Pflicht zum persönlichen Erscheinen entbunden.

Der Bearbeitung ist der zum Entscheidungszeitpunkt geltende Rechtszustand zugrunde zu legen. Übergangsvorschriften sind nicht zu prüfen.

Dem Vortrag liegt der Austauschvortrag Landesjustizprüfungsamt Niedersachsen, zugrunde. Dieser Vermerk erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Er soll lediglich auf die Probleme hinweisen, die das Prüfungsamt veranlasst haben, die Aufgabe für einen Aktenvortrag auszugeben.

A. Zulässigkeit und Begründetheit der Klage

Die Klage dürfte zulässig, aber nur teilweise begründet sein.

1. Anspruch gegen den Beklagten zu 2) gem. §§ 7, 18 StVG

Der Klägerin dürfte gegen den Beklagten zu 2) ein Schadensersatzanspruch gem. §§ 7 Abs. 1, 17 Abs. 1 u. 2 StVG in Höhe von 4.765,00 Euro zustehen.

a) Schadensersatzanspruch dem Grunde nach

Da der Beklagte zu 2) Halter des Kfz Volvo ist, bei dessen Betrieb das Kraftfahrzeug der Klägerin beschädigt worden ist, dürften grundsätzlich die Voraussetzungen einer Haftung gem. § 7 Abs. 1 StVG erfüllt sein. Jedoch dürfte die Klägerin gleichermaßen gem. § 7 Abs. 1 StVG haften. Daher dürfte es entscheidend auf eine Abwägung der Verursachungsbeiträge gem. § 17 Abs. 1, 2 StVG ankommen unter Berücksichtigung einer eventuellen Unabwendbarkeit i. S. d. § 17 Abs. 3 StVG.

Der Beklagte zu 2) dürfte sich nicht auf ein unabwendbares Ereignis im Sinne des § 17 Abs. 3 StVG berufen können. Nach § 17 Abs. 3 Satz 2 StVG gilt ein Ereignis nur dann als unabwendbar, wenn sowohl der Halter als auch der Führer des Fahrzeugs jede nach den Umständen des Falles gebotene Sorgfalt beobachtet haben. Dazu gehört sachgemäßes, geistesgegenwärtiges Handeln über den gewöhnlichen und persönlichen Maßstab hinaus, gemessen an den durchschnittlichen Verkehrsanforderungen eines „Idealfahrers“. Ein Idealfahrer hätte einen ausreichenden Sicherheitsabstand eingehalten und hätte den Unfall durch vorausschauendes Fahren verhindert.

Dabei dürfte im Ergebnis wohl dahinstehen könne, ob der Unfall für die Klägerin vermeidbar war, da die Abwägung der Verursachungsbeiträge nach § 17 Abs. 3 StVG zu einer alleinigen Haftung des Beklagten zu 2) führt. Beim Auffahren gilt der Grundsatz des Anscheinsbeweises für das Verschulden des Auffahrenden. Gem. § 4 Abs. 1 Satz 1 StVO muss der Abstand von einem vorausfahrenden Fahrzeug in der Regel so groß sein, dass auch dann hinter ihm angehalten werden kann, wenn das vorausfahrende Fahrzeug plötzlich abgebremst wird. Der Beweis des ersten Anscheins spricht beim Auffahren dafür, dass der Auffahrende unaufmerksam war oder zu dicht aufgefahren ist. Es ist daher Aufgabe der Beklagten, einen von diesem gewöhnlichen Verlauf abweichenden Gang des Geschehens zu behaupten, darzulegen und zu beweisen. Die Beklagten haben lediglich behauptet, dass die Klägerin das Fahrzeug plötzlich und abrupt abgebremst habe. Dass die Ampel in diesem Moment aber bereits Gelb zeigte, wurde nicht bestritten. Selbst wenn man den Vortrag der Beklagten als wahr unterstellt, ist dieser Vortrag nicht geeignet, den Beweis des ersten Anscheins zu erschüttern. Da § 37 Abs. 2 Nr. 1 StVO bestimmt, dass bereits bei „Gelb“ vor einer Ampel anzuhalten ist, musste der Beklagte zu 2) zusätzlich damit rechnen, dass die Klägerin ihr Fahrzeug abbremsen würde. Angesichts der Verkehrssituation (Auto in der Ausfahrt), die von den Beklagten nicht bestritten wurde, musste der Beklagte zu 2) auch damit rechnen, dass die Klägerin dem dritten Fahrzeug das Einfädeln erlauben würde. Ob die Klägerin wie sie behauptet, noch rollte oder wie der Beklagte zu 2) behauptet, stand, ist damit letztlich unerheblich.

Der Vortrag der Beklagten ist somit bereits nicht geeignet, den Beweis des ersten Anscheins zu erschüttern. Eine Beweisaufnahme hatte daher nicht zu erfolgen. Der insofern erforderliche gerichtliche Hinweis ist nach dem Bearbeitervermerk als erfolgt zu unterstellen.

b) Höhe des Schadensersatzanspruchs

Die Klägerin kann lediglich den Ersatz der Reparaturkosten sowie der (in Höhe von 25,00 Euro angemessenen) Kostenpauschale verlangen. Die Mietwagenkosten sind dagegen nicht zu ersetzen. Zwar steht grundsätzlich der Klägerin als Geschädigter ein Ersatzfahrzeug für die Dauer der Reparatur zu, wobei sie die freie Wahl zwischen den Mietwagenanbietern hat. Etwas anderes gilt aber dann, wenn wie im vorliegenden Fall die Beklagte zu 1) der Klägerin einen kostenlosen Leihwagen angeboten hat. Dessen Inanspruchnahme hätte zu einer erheblichen Minderung des Schadens geführt. Die Klägerin war daher im Rahmen ihrer Schadensminderungspflicht nach § 254 Abs. 2 BGB gehalten, das Angebot der Beklagten zu 1) anzunehmen.

2. Anspruch gegen die Beklagte zu 1)

Der Klägerin dürfte gegen die Beklagte zu 1) ein Schadensersatzanspruch aus § 3 Nr. 2 PflVG in Höhe von 4.765,00 Euro zustehen. Die Beklagten haften als Gesamtschuldner.

C. Entscheidungsvorschlag

Nach der hier vertretenen Ansicht ist der Klage in Höhe von 4.765,00 stattzugeben. Im Übrigen ist die Klage abzuweisen.